

## SPD erneuern!

### Die Spezialausgabe zum Merdingen World Café



Am 20. Januar haben sich viele von uns in Merdingen getroffen und über den notwendigen Erneuerungsprozess unserer Partei diskutiert. Dazu haben wir an dreizehn Tischen dreizehn Themen angeboten. Jedes Thema wurde von einer Gastgeberin oder einem Gastgeber betreut. Die Ergebnisse wurden auf der Tischdecke festgehalten und dann von den Gastgeber\*innen im Plenum zusammengefasst.

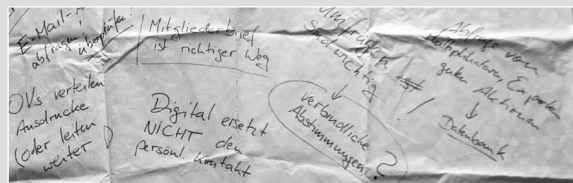
Diese Zusammenfassung geben wir nun auch für alle, die nicht da sein konnten, in einem Mitgliederbrief Spezial heraus.

Wir werden versuchen diese Ergebnisse über Anträge und eigene Aktionen in konkrete Politik umzusetzen.

## DIE THEMEN

### ÜBERREGIONALE THEMEN

Parteiorganisation / Personal	2
Friedenspolitik	3
Glaubwürdigkeit, Demokratie, Werte	4
Europa	5
Agenda 2010 / Hartz IV	6



### ORGANISATORISCHES IM KREIS

Jugend	8
Digitale Partei	8
Politische Arbeit attraktiver machen	9



### INHALTLICHES IM KREIS IM HINBLICK AUF DIE KOMMUNALWAHLEN

Infrastruktur	10
Flüchtlinge und Integration	11
Nachhaltigkeit, Energiewende	12
Medizinische Versorgung & Pflege	14
Bezahlbarer Wohnraum	15

# Überregionale Themen

## Parteiorganisation / Personal

**Wie werden Entscheidungen gefällt, von wem, was passiert mit Anträgen, wie stellen wir künftig Listen auf?**

Gastgeber: **Armin Schweizer**



Zu den Entscheidungsorganen der SPD gehören der Landesvorstand und die Landesparteitage. Was die Listenaufstellung zur Landtags- und Bundestagswahl betrifft, so erstellt Südbaden eine Liste, die von den zehn Kreisvorsitzenden beschlossen wird. Parallel dazu stellt Nordbaden eine Liste auf, die dann auf einer gemeinsamen Sitzung (Badentreffen) „verhandelt“ wird. Bei der letzten Listenaufstellung gab es Kritik an dem Verhandlungsergebnis: Nordbaden hat sieben Kandidierende unter den ersten 20 Plätzen; Südbaden nur drei. D.h. mindestens ein Platz ging dadurch an Nordbaden verloren. Kritisiert wurde, dass die Listenaufstellung zu starr von Formalien abhängt, auch bei der Wahl der Spitzenkandidaten. Lösungsvorschläge gab es nicht; es wurde nur

darauf hingewiesen, dass sich im Rahmen des Erneuerungsprozesses eine Arbeitsgruppe mit dem Thema „Listenaufstellung“ befassen wird und bereits beim Open Space am 27.01.2018 ihre Arbeit in einer Untergruppe aufnimmt, in der jedes Mitglied mitarbeiten kann.

Zudem wurde angeregt/kritisiert, dass auf den Vertreter- oder Mitgliederversammlungen zur Wahl der Delegierten für den Listenparteitag mehr inhaltlich mit den Delegierten, die zur Wahl stehen, diskutiert werden sollte. Teils wird ohne Aussprache gewählt.



Beim Thema Anträge wurde betont, dass bis zu den Parteitag die Transparenz gut organisiert und gewährleistet ist, darüber hinaus auch die Beschlusslage auf der Landesseite gut dokumentiert ist. Doch was dann mit den Anträgen geschieht, entbehrt der weiteren Information und Nachvollziehbarkeit. Hierzu wurde vorgeschlagen, dass über der Landesseite auch die weiteren Schritte, die der Antrag nimmt, dokumentiert werden. Diese Aufgabe könnte die Antragskommission übernehmen.

## Friedenspolitik

### Wie verträgt sich Frieden mit Waffenexporten? Wo sollten wir uns einmischen, wo nicht?

Gastgeberin: **Gabi Rolland**

Einig waren sich die Besucher\*innen, dass die Produktion und der Export von Waffen staatlich geregelt werden muss. Wobei es keine Rolle spielt um welche Art von Waffen es sich handelt. Kontrolliert werden sollten die produzierenden Unternehmen, zum Beispiel durch ein Waffenexportgesetz. Denkbar sind aber auch noch stärkere staatliche Einflussnahmen bis hin zum Abschöpfen von Gewinnen. Eine Obergrenze für Waffen könnte formuliert werden.

Geregelt werden sollte auch an welche Kunden Waffen geliefert werden.

Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete (Saudi-Arabien, Türkei) müssen verboten sein. Flexibles Entscheiden ist notwendig bei der Feststellung um welche Länder es sich handelt, weil sich der Status quo schnell ändern kann. Davon sollten bestehende Verträge ausgenommen werden.

Entscheiden soll über sämtliche Waffenlieferungen das Parlament, auch wenn es darum geht Opfer mit Waffen auszustatten.

Die Wichtigkeit von Präventionsmaßnahmen wurde angesprochen, wie auch die Tatsache, dass Waffen Fluchtgründe ver-

ursachen („Waffen produzieren Flüchtlinge“). Eine einzelne Stimme riet dazu Religionen abzuschaffen und Konfliktgründe zu reduzieren.



Der Einfluss der Waffenlobby sollte beschränkt werden.

Die Akzeptanz vom privaten Besitz von Waffen wird als problematisch angesehen.

Ein großes Anliegen ist eine europäische Regelung der Produktion von Rüstungsgütern (vgl. die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl der 1950er Jahre) aber auch von Militäreinsätzen. Geklärt werden muss, ob eine europäische Armee notwendig ist und wenn ja, welche Aufgaben sie haben soll. Europa sollte so stark sein, um Aggressionen abwehren zu können.

In diesem Zusammenhang wird auch die Notwendigkeit gesehen das Verhältnis der Gesellschaft zur Bundeswehr zu klären, aber auch die Traditionsverhaftung derselben.

Sicher geht es auch immer um eine gute Abwägung zwischen einem Außenhandels-

gewinn und dem Erhalt von Arbeitsplätzen. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage, ob wir vor Ort eigentlich wissen wo durch Rüstung Wertschöpfung stattfindet. Viel bekommt man vom Hören/Sagen mit, manches steht in Jahresberichten der Unternehmen oder Forschungseinrichtungen. Wünschenswert wäre mehr Transparenz.

Darüber hinaus besteht der Wunsch nach guten Beziehungen zu Russland. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob sich Russland durch das „Vorrücken“ der NATO bedroht fühlt und ob es nicht nötig sein Pufferzonen verbindlich einzurichten.

Als wichtig wurde eine Verbesserung der politischen (Friedens-) Bildung angesehen.

## Glaubwürdigkeit, Demokratie und Werte

**Was können wir gegen die Verachtung von Politik und Politikern tun? Wie stärken wir die Demokratie? Welche Grundwerte vertreten wir und wie tun wir das glaubwürdig?**

Gastgeberin: **Birte Könnecke**

Insbesondere beim Thema Glaubwürdigkeit wurde immer wieder auch auf aktuelle Ereignisse Bezug genommen. Man war sich einig, dass Glaubwürdigkeit nicht dadurch zu erreichen ist, wenn zunächst etwas kategorisch ausgeschlossen wird und dies dann hinterher vehement beworben wird, wie es Martin Schulz derzeit mit den Groko-

Verhandlungen macht und wie es mit einem Ministeramt für ihn eventuell noch ansteht. Klare Kante ja, aber dann auch dazu stehen. Oder von vorneherein sich vorsichtiger äußern. Es hieß: „die SPD war glaubwürdig nach der Wahl, jetzt hat sie jede Glaubwürdigkeit verspielt“.



Zur Steigerung der Glaubwürdigkeit wurde z.B. gefordert, weniger Lobbyisten zuzulassen, da man derzeit bei Aussagen von Politikern oft schlecht abschätzen kann, wer dahinter steckt. Und es wurde generell Konsequenz im Handeln gewünscht, wobei auch das Recht, seine Meinung zu ändern, wenn sich die Umstände ändern gesehen wurde.

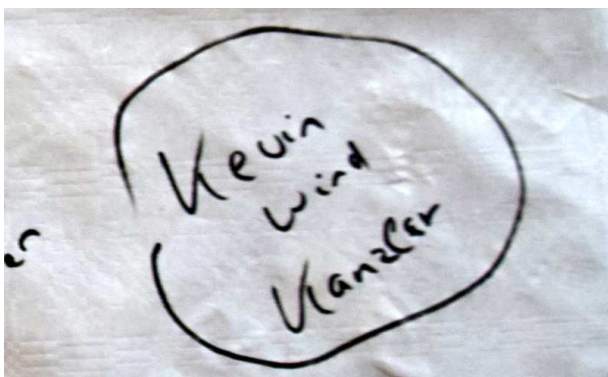
Politikern wurde geraten, mehr oder auch erst auf die Basis zu hören. Gegen den Trend der allgemeinen Verachtung von Politikern wurden Gernot Erler und Gabi Rolland als Gegenbeispiele gebracht, die durch ihre Präsenz in den Gemeinden „Politiker zum Anfassen“ seien und es immer besser ist, mit den Menschen direkt ins Gespräch zu kommen als dass nur über einen geredet wird.



Viele Politiker kämen zu abgehoben rüber. Es wurde gewünscht, dass mehr Menschen mit Lebens- und Berufserfahrung in den Parlamenten säßen und weniger Politikstudenten, die direkt von der Uni kommen. Gleichzeitig kam die Forderung auf, dass man auch loslassen können müsse und rechtzeitig jüngeren Platz machen solle.

Als Werte wurde als große Klammer Zukunftsfähigkeit gefordert. Dies ist es, was wir für unser Land, die Menschen und Europa erreichen müssen. Darunter ließen sich die verschiedenen Gerechtigkeitsformen subsumieren: Generationengerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Steuergerechtigkeit, Ausbildungsgerechtigkeit, etc. In all diesen Bereichen brauchen wir tragfähige Zukunftskonzepte, die länger halten als eine Legislaturperiode.

Zum Schluss gab es noch die Forderung, man solle die Jugend mehr respektieren und akzeptieren, dass Kevin Kanzler wird :-)



## Europa

**Wie kann Europa zu mehr Stabilität beitragen? Wie schaffen wir in Europa eine Versöhnung von Umwelt- und Klimaschutz mit wirtschaftlicher und industrieller Stärke? Wie gelingt der Weg zur Werteunion?**

Gastgeberin: **Clara Heckmann**

Europa sei der Garant für nachhaltigen Frieden, deshalb stoßen Abspaltungsbestrebungen, wie z. B. in Katalonien, auf Unverständnis. Ursachen mangelnde Anerkennung und fehlender Respekt von Minderheitsinteressen. Hier sei teilweise mehr Autonomie nötig.

Um Europa gegenüber Weltmächten und großen Handels- und Industrienationen stark zu machen, brauchen wir mehr zentrale Zuständigkeiten.

Dazu zählen:

Eine einheitliche Außen- und Verteidigungspolitik:

- In einer globalen Welt mit einer Stimme sprechen
- Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit (Syrien, Ukraine, Jugoslawien)
- Rüstungsausgaben für die einzelnen Mitgliedsländer zu reduzieren.

Eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik

- Einen europäischen Finanzausgleich (wie z. B. in der BRD), um mehr

Chancengleichheit der Regionen und ihrer Infrastruktur zu ermöglichen

- Mindeststandards für europaweite soziale Sicherung und Löhne
- Mindestsätze für Einkommens- und Unternehmenssteuern, um Steuerdumping zu Lasten anderer Staaten zu verhindern

Eine einheitliche Flüchtlingspolitik

- Asylsuchende und Flüchtlinge sollen nach Größe und Leistungsfähigkeit auf alle EU-Staaten verteilt werden.
- Europa wird als europäische „Trauergemeinschaft“ (FR <--> BRD) bezeichnet.

Probleme:

Diese Ziele werden immer wieder auf Widerstand einzelner Länder stoßen. Um Stillstand zu verhindern, sei es notwendig Mehrheitsbeschlüsse einzuführen. Bei Neuregelungen müssen die geschichtlichen Erfahrungen einzelner Länder, wie z. B. Polen, berücksichtigt werden.

Die Kommission in der heutigen Form unterliegt immer dem Zwiespalt zwischen europäischer und nationaler Verantwortung,

Die Entscheidungsverlagerungen nach „oben“ sollen auf das notwendige Maß reduziert werden und gleichzeitig über Rückverlagerung einzelner Zuständigkeiten nachgedacht werden.

Zügiges Durchsetzen bei Verstößen gegen die Charta und Beschlüsse (z. B. Polen, Ungarn).

Als Fragen blieben offen:

Warum ist das Interesse an Europa so gering? Worauf basieren europäische Werte und wo sind seine geografischen Grenzen?

## Agenda 2010 / Hartz IV

**Was war notwendig? Was war überzogen / lief schief? Wo muss gegengesteuert werden? Was kann verbessert werden? Wie können wir handeln?**



Gastgeber: **Ulrich Sartorius, Hermann Spieß**

Die Diskussion an diesem Tisch verlief lebhaft und kritisch, zum Teil auch kontrovers. Bedauert wurde unter anderem, dass Arbeitslose nach langer Beschäftigungsdauer nicht besser behandelt werden als Personen, die nicht oder nur kürzer berufstätig waren. Ein weiteres Thema waren die prekären Arbeitsplätze, die mit finanziellen Folgeproblemen im Alter einhergehen. Kritisch diskutiert haben wir die Förderung von Minijobs vor dem Hintergrund der

vielen „Aufstocker“. Beklagt wurde ferner, dass Leistungsberechtigte von den Jobcentern immer wieder hingehalten werden, offenbar um zusätzlichen Druck auszuüben, irgendeine Arbeit auszuüben.

Wir haben die Anregungen in folgenden Anträgen zusammengefasst, über die auf einer der kommenden Mitgliederversammlungen entschieden werden sollte (zur Weiterleitung an die Bundespartei).

1. Die konkrete Ausgestaltung der zum 1.1.2005 eingeführten Grundsicherung für Arbeitsuchende ("Hartz-IV") hat in vielfacher Weise (z.B. zu geringe Leistungshöhe, unzulässige Pauschalierung, übertriebene Sanktionen bei gleichzeitig unzulänglicher individueller Betreuung) finanzielle Notlagen herbeigeführt und auch Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigt.

2. Die Jobcenter haben überdies durch eine restriktive und häufig falsche Auslegung der neuen Vorschriften die oben dargestellte Situation verschärft, bei den Betroffenen einen Vertrauensverlust bewirkt und den Eindruck befördert, weder Politik noch Verwaltung wahre ihre berechtigten Interessen.

3. Der Weg in das „Hartz IV“-System hinein muss verlängert und der Ausstieg daraus erleichtert werden. Die zuständigen Gremien der SPD werden aufgefordert, sich selbstkritisch mit "Hartz IV" zu befassen und alles zu tun, um weiterhin bestehende Defizite zu beheben.



Dazu muss die Arbeitsmarktpolitik neu aufgestellt werden:

- Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I auf bis zu 36 Monate
- Deutliche Anhebung des Regelsatzes im ALG II und ein grundsätzlich bedarfsorientiertes Berechnungsmodell

1,2 Millionen Menschen müssen neben einer Erwerbsarbeit in Hartz IV aufstocken. Um von der eigenen Arbeit leben zu können muss:

- Der gesetzliche Mindestlohn ohne Ausnahmen gelten und die Einhaltung wirksam kontrolliert werden
- Sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden
- Der Missbrauch von Werkverträgen eingedämmt werden Die Förderung von geringfügiger Beschäftigung (Minijobs) beendet werden.

# Organisatorisches im Kreis

## Jugend und ihre Themen

**Wie erreichen wir die Jugend jenseits der Studierenden? Wie können wir sie einbinden und sie unterstützen?**

Gastgeber: Aaron Rau

Wir haben uns überlegt wie man mehr junge Menschen für die Jusos begeistern könnte, und so sind wir dazu gekommen dass es sinnvoll ist auf mehr unpolitischen Veranstaltungen aufzutreten und dort beispielsweise Kuchen zu verkaufen.



Außerdem wollen wir mit Jugendzentren kooperieren und dort Veranstaltungen für Jugendliche anbieten.

Wir haben uns auch Gedanken gemacht ob es vielleicht in Zukunft zu Kooperationen mit anderen Politischen Jugendorganisationen kommen kann, die Junge Alternative kommt aber nicht in Betracht.

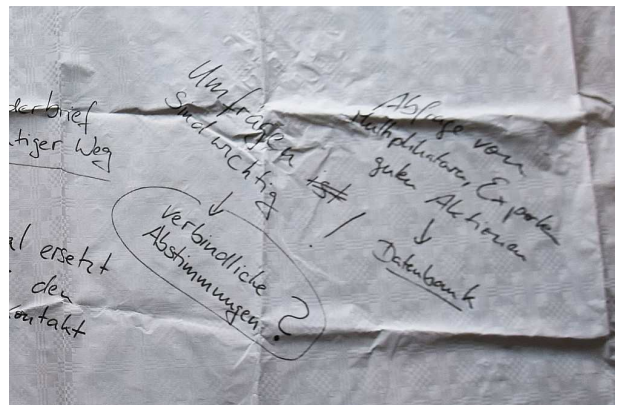
Bei diesen Aktionen wäre es gut wenn wir SPD Mandatsträger\*innen mit einbinden könnten.

Außerdem wäre es gut wenn die OV-Vorsitzenden Neumitglieder im Jusoalter auf uns aufmerksam machen und z.B. meine E-Mail-Adresse weitergeben.

## Die digitale Partei

**Wie ermöglichen wir Mitwirkung jenseits der etablierten Strukturen wie Ortsverein oder Arbeitsgemeinschaft? Wie können wir moderne Kommunikationsmöglichkeiten für unsere Zusammenarbeit nutzen?**

Gastgeber: Oswald Prucker



Lars Klingbeil, unser Generalsekretär, sagte einst: „Ich kann heute von unterwegs mit meinem Smartphone mein komplettes Leben fast organisieren, aber ich habe keine Möglichkeiten mich digital in eine Partei einzubringen.“ Und damit hat er einen wunden Punkt getroffen, denn eigentlich bringt uns die Digitalisierung für die Parteiarbeit nur Vorteile, denn sie ermöglicht neue orts- und zeitunabhängige Methoden der Zusammenarbeit. Das ersetzt natürlich



nicht den persönlichen Kontakt, zum Beispiel bei Mitgliederversammlungen.

Gelobt wurden dabei am Tisch die bereits begonnenen Maßnahmen des Kreisvorstands, der Meinungsbilder der Mitglieder in Umfragen einsammelt. Es wurde sogar angedacht, dass über das Internet ggf. auch bindende Abstimmungen durchgeführt werden könnten, z.B. das Groko-Votum.

Entsprechende Abfragen könnten auch genutzt werden, um eine Experten- und Kontaktdatenbank (Vereine, Verbände, Initiativen) aufzubauen, über die der KV dann schnell entsprechende Kontakte vermitteln könnte und die er auch für eigene Veranstaltungen nutzen könnte.

Webseite und Mitgliederbrief sind die richtigen Wege, um z.B. Umfrageergebnisse an die Mitglieder weiterzugeben.

Vieles läuft hier über E-Mail und so sollten wir auch mit Unterstützung des Regionalzentrums sehen, dass wir unseren E-Mail-Anteil (derzeit rund 65%) erhöhen.

## Politische Arbeit attraktiver machen

**Wie gewinnen wir neue Mitglieder? Was für Veranstaltungsformen bieten wir an? Wie erreichen wir langjährige passive Mitglieder**

Gastgeber: **Henry Kesper**

Verbesserung der politischen Arbeit inkl. Gewinnung neuer Mitglieder und Aktivierung passiver Mitglieder:

- Benutzung der sozialen Medien für Kampagnen
- "World Café" auch für Nichtmitglieder
- Bindende Mitgliederentscheide für Mandatsträger
- passive Mitglieder direkt ansprechen
- Stammtische
- Gewerkschaftsarbeit d.h. Kontakte zu Gewerkschaften mit entsprechenden Themen vor Ort

Veranstaltungsformen (auch für neue Mitglieder)

- Benutzung der sozialen Medien für Kampagnen
- Intensivierung der Treffen mit Mitgliedern
- Stammtische
- Ausflüge zu Parlamenten (Berlin, Stuttgart, Straßburg)
- politische Prominenz einladen
- Ortsvereine stärken, auch durch gemeinsame Veranstaltungen
- Öffentlichkeitsarbeit/Medienpräsenz
- Internetforen v.a. für junge und jüngere Mitglieder und Nichtmitglieder
- Besuche von öffentlichen Einrichtungen, z.B. Schulen und private Einheiten, z.B. Firmen, Tafeln

# Inhaltliches im Kreis mit Blick auf die Kommunalwahlen

## Infrastruktur

**ÖPNV in der Fläche – nicht nur Schiene sondern auch Bus. Straßen und Hauptverbindungen im Landkreis. Glasfaser überall? Bis zum letzten Hof, geht das?**

Gastgeber: **Hartmut Hitschler**

- Kosten im Straßenverkehr auf die Verursacher verteilen
- Elektrifizierung der Bahn forcieren und Bahnlinien ausbauen, sowie stillgelegte wiedereröffnen
- Grenzübergreifende Bahnverbindungen vermehren, z. B. Eisenbahnbrücke bei Breisach wiederaufbauen. Würde den Tourismus und die Wirtschaft mehr beleben
- Mehr den Lastenverkehr auf Bahn und Wasser verlegen
- Mehr Radwege bauen, mit einheitlicher Beschilderung, denn durch E-Bikes sind bergige Strecken leichter zu fahren
- Busverbindungen ausbauen und bessere Anbindung der Gemeinden
- Pro 1000 Einwohner eine Buslinie und das Ganze im Halbstundentakt.
- Bei der Elektrifizierung der Höllentalbahn im Fahrgastbeirat aktiv werden, um eine vernünftige Regelung bzgl. der

Sperrungen und Schienenersatzverkehr zu organisieren.

- In dem Zusammenhang auch Einfluss nehmen auf den Ausbau, Sauberkeit, Pünktlichkeit und Anschlussmöglichkeiten
- AG-Regio-Mobilität steht für ein Projekt der Gemeinden Bad Krozingen, Staufen, Neuenburg und dem Tourismusverband. Es ist eine Arbeitsgemeinschaft zum Klimaschutz und es geht um die Vernetzung der Mobilität durch ICE, SWEG, Bus, Carsharing, Rad u.a. Über eine App sollen einmal Infos, Reservierungen zur optimalen Mobilität mit den verschiedenen Möglichkeiten, z. B. Leihfahrrad, laufen.
- Digitalisierung muss daher unbedingt flächendeckend möglich sein.
- Breitbandausbau (Glasfaser) auch in den entlegensten Gebieten, denn nicht nur die Industrie und Privathaushalte brauchen einen schnellen Anschluss, sondern auch die Landwirtschaft, vor der die Digitalisierung nicht haltmacht.
- Die flächendeckende Digitalisierung muss aber durch den Bund erfolgen und sollte nach einheitlichen Standards erfolgen und wirtschaftliche und gewinnorientierte Interessen dürfen hierbei keine Rolle spielen.

## Flüchtlinge und Integration

**Was muss passieren, damit Integration  
gelingen kann? Wie lässt sich die Zusam-  
menarbeit LRA/Helferkreise verbessern?  
Was sind die Chancen und wie gehen wir  
mit den Risiken und Ängsten um?  
Funktioniert das Fördern und Fordern?**

Gastgeber: Ismael Hares



In der ersten Runde zum Thema Migration wurde hervorgebracht, dass viele Kommunen mit der Integration von geflüchteten Menschen im Stich gelassen werden.

Zugesagte Gelder vom Bund würden vom Land nicht an die Kommunen weiterge-  
reicht. Als Folge kommt es zu einer  
finanziellen Schieflage vor Ort. Eine  
Forderung war dementsprechend, dass  
zugesagte Gelder vom Land an die  
Kommunen weitergeleitet werden müssen.

Um den Geflüchteten zu helfen, wäre es vor  
allem sinnvoll die Fluchtursachen vor Ort zu  
bekämpfen. Da die Entwicklungshilfe oft  
bei korrupten Despoten versandet, wären

Qualifizierungszentren in den Ländern vor  
Ort eine mögliche Lösung.

Entweder die erlernten Berufe kommen vor  
Ort zum Einsatz oder die ausgebildeten  
Menschen können per Einwanderungs-  
gesetz nach Europa kommen.

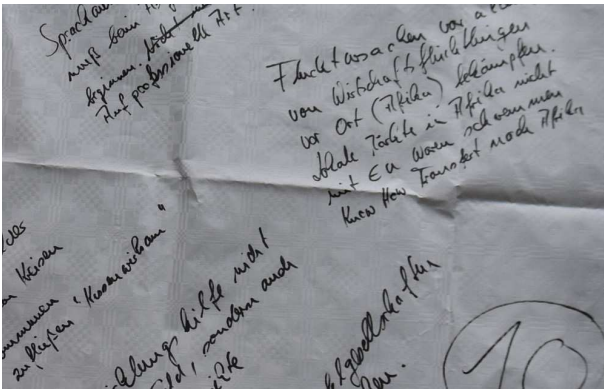
Zu den Fluchtursachen gehört auch die EU-  
Agrarpolitik. Wenn Agrarprodukte massiv  
subventioniert werden und der örtliche  
Bauer mit seinen Erzeugnissen preislich  
nicht mehr mithalten kann, entzieht man  
vielen Menschen vor Ort die Lebensgrund-  
lage.

Um für Einheimische und Migranten die  
Integration zu erleichtern sollen positive  
Vorbilder (Migrant\*innen selbst) mehr in  
den Vordergrund gestellt werden.

Bei den Anträgen sollen die Laufzeiten der  
Bearbeitung stark gekürzt werden.

Integration kann nur am Arbeitsplatz, an  
Schule und der Universität bzw. Ausbildung  
gelingen. Daher müssen die Rahmenbe-  
dingungen rasch bereitgestellt werden.  
Damit Sprache, Gepflogenheiten und die  
Kultur schnell kennengelernt werden kann.

Bei den Versäumnissen der CDU-  
Regierungen bis in die 90er Jahre, gilt es  
nun Parallelgesellschaften aufzubrechen.  
Besonders oft wurden Russlanddeutsche  
oder türkische Gastarbeitermilieus ge-  
nannt. Wie man diese Parallelgesell-  
schaften aufbrechen kann, wurde leiden-  
schaftlich diskutiert. Ein Schlüssel ist  
sicherlich eine stärkere Bildung.



Leider kam es auch verstärkt zu unschönen Äußerungen. So wurde vielfach betont, dass eine Obergrenze für Flüchtlinge absolut richtig sei. Zudem soll Asyl nur den „echten“ Kriegsflüchtlingen zustehen. Auf Nachfrage ob z.B. Afghanistan ein Kriegsland wäre, wurde dies verneint (wenige Tage nach dem verheerenden Anschlag auf das Hotel Continental in Kabul).

Als widersprochen wurde, dass eine Obergrenze nicht mit dem Grundgesetz vereinbar wäre, wurde erwidert dass das ganze Grundgesetz überarbeitet gehört.

Auch wurde Unverständnis geäußert wie man 10 Jahre in Deutschland leben könne und immer noch ein Kopftuch trage. Leider ging das Gespräch an gewissen Stellen vom Wunsch auf Integration hin zur völligen Assimilation und die Verleugnung der eigenen Wurzeln.

Die Diskussion war sachlich und an manchen Stellen sehr emotional. Bei manchen Diskutierenden hätte man sich etwas mehr Reflektion gewünscht. Insgesamt war der Grundtenor, dass die Zuwanderung besser gesteuert werden muss.

## Nachhaltigkeit, Energiewende

Welche Möglichkeiten gibt es in unserem Kreis? Was läuft gut, was muss dringend angepackt werden? Wie weckt man das nötige Problembewusstsein?

Gastgeberin: Rita Schwarzlühr-Sutter

### Nachhaltigkeit und Klimaschutz:

- Bewusstsein schaffen für Nachhaltigkeit – Verantwortung übernehmen!
- Nachhaltigkeit ist mehr als Klimaschutz.

Nachhaltigkeit zielt auf die Erreichung von Generationengerechtigkeit, sozialem Zusammenhalt, Lebensqualität und Wahrnehmung internationaler Verantwortung. In diesem Sinne sind wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und soziale Verantwortung so zusammenzuführen, dass Entwicklungen dauerhaft - in Deutschland und weltweit - tragfähig sind.

- Best-Practice-Beispiele und Vernetzung auf kommunaler Ebene wurden gewünscht.

<https://www.nachhaltigkeitsrat.de/thema/nachhaltige-entwicklung-in-stadt-und-land/>

- Auch das Thema Umweltbildung wurde angesprochen und dass es wichtig ist von den ersten Metern auch schon bei Kindern damit anzufangen –



Nachhaltigkeit gehört in den Bildungsplan. Siehe auch:

<http://www.bmub.bund.de/themen/umwelt/information-bildung/bildungsservice/>



### Klimaschutz:

- Klimaschutz betrifft alle Sektoren: Energiewirtschaft, Industrie und Handel, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft. Und auch die Energieeffizienz muss erhöht werden um die Klimaziele zu erreichen.
- Förderung als auch Ordnungsrecht wurde für mehr Klimaschutz erwartet.
- Kritisiert wurde das Abbremsen des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Zahlen und Fakten zur Diskussion findet ihr hier:

<https://www.unendlich-viel-energie.de/>

inklusive des Energiewendeatlas:

[https://www.unendlich-viel-energie.de/media/file/971.EWAtlas2017\\_Mai17\\_web.pdf](https://www.unendlich-viel-energie.de/media/file/971.EWAtlas2017_Mai17_web.pdf)

- Kohleausstieg so schnell wie möglich
- Es wurde über Klimaschutzprojekte in Kommunen berichtet und dass sie

auch überparteilich funktionieren. Kommunen haben dabei einen Vorbildcharakter für die Bürgerinnen und Bürger.

Das BMUB fördert kommunale Klimaprojekte, Klimamanager, Modellprojekte, Nachbarschaftsprojekte über die „Kommunalrichtlinie“ und die „Nationale Klimaschutzinitiative“ (NKI):

<https://www.bmub.bund.de/pressemitteilung/klima-updates-fuer-kommunen/>

### Antragsfenster der Kommunalrichtlinie

**öffnet wieder:** Seit 1. Januar bis 31. März 2018 können Kommunen, kommunale Unternehmen, Sportvereine und andere lokale Akteure wieder Anträge für Klimaschutzprojekte stellen. Seit 2008 hat das Bundesumweltministerium durch die Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) mehr als 11.500 Projekte in rund 3000 Kommunen mit rund 524 Millionen Euro unterstützt. Es wurden so zusätzlich Investitionen in Höhe von 844 Millionen Euro ausgelöst.

<https://www.bmub.bund.de/pressemitteilung/bmub-foerdert-klimaschutzprojekte-in-nachbarschaften/>

**Kurze Wege für den Klimaschutz:** Verbände, Vereine, Stiftungen und Kommunen können ab sofort und bis zum 31. Oktober 2016 eine Förderung für Klimaschutzprojekte auf Nachbarschaftsebene beantragen. Mit dem neuen Förderaufruf "Kurze Wege für den Klimaschutz" im Rahmen der

Nationalen Klimaschutzinitiative weitet das Bundesumweltministerium seine Förderangebote zur Realisierung klima- und ressourcenschonenden Alltagsverhaltens deutlich aus.

[https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/161125\\_FA\\_Modellprojekte\\_BT-UA\\_final\\_bf.pdf](https://www.klimaschutz.de/sites/default/files/161125_FA_Modellprojekte_BT-UA_final_bf.pdf)

[http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Date\\_n\\_BMU/Download\\_PDF/Klimaschutz/kommunale\\_klimaschutz\\_modellprojekte\\_2016\\_bf.pdf](http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Date_n_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/kommunale_klimaschutz_modellprojekte_2016_bf.pdf)

## Medizinische Versorgung und Pflege

Wie kann die Attraktivität des Berufs verbessert und die Pflegeberufe gestärkt werden? Wie können bessere Strukturen und mehr Qualität erreicht werden? Wie sichern wir die Pflege in den ländlichen Gebieten?

Gastgeber: Sabine Wölfle, Jan Lutz



### Medizinische Versorgung

- Vorstellung der Medizin von Morgen: Etablieren der Telemedizin in die medizinische Versorgung (Behandlung

via Telefon). In der Schweiz bereits erfolgreich eingeführt, Pilotprojekt läuft auch in Baden-Württemberg.

- Mehr Struktur im Behandlungsmanagement: z.B. schon bei der Patientenaufnahme Entlassung planen, damit Patienten nach der Behandlung im Anschluss richtig weiterbehandelt werden können und Angehörige von der Organisation entlastet werden können.
- Digitalisierung um strukturierte Versorgung sicherzustellen und Arbeitsabläufe effizienter zu machen.
- Mehr Studienplätze für Humanmedizin an Universitäten.



### Pflege

Berufe attraktiver machen:

- Bessere Arbeitsverhältnisse; bessere Arbeitszeiten (Work-Life-Balance), geregelte Patientenbetreuungsquote pro Pflegekraft. (Einheitliche Standards).
- Bessere Personalschlüssel; mehr Personal z.B. für Notaufnahmen,

- Stationen, Altenheime, ambulanter Pflege, Behindertenpflege.
- Wahrung einer guten Ausbildungsqualität.
- Mehr Gesellschaftliche Anerkennung für Pflegeberufe.
- Entbürokratisierung der Pflege, mehr Zeit für Patienten und weniger für Bürokratie.
- Staatliche Anerkennung der Berufe OTA/ ATA.

## Bezahlbarer Wohnraum

**Welche Möglichkeiten gibt es in den Gemeinden? Was für Modelle sind erfolgsversprechend? Welche Gestaltungsmöglichkeit hat ein Gemeinderat?**

Gastgeber: **Manfred Wolf**

Wohnraum schaffen:

- mehr Baugenossenschaften
- Kommunen in die Pflicht nehmen
- Regionale Lösungen suchen
- Anreize für ältere Menschen für einen Umzug in eine kleinere Wohnung
- Gebäude für Flüchtlinge später als Wohnraum nutzen
- Wohnraum für Menschen mit und ohne Behinderung
- Staat ist in der Pflicht
- SPD hat Thematik im Wahlkampf vernachlässigt

- Grundsteuer C einführen (Erschlossener aber unbebaute Grundstücke)
- Beispiel Bad Krozingen: Trotz teurer Grundstücke entstehen Genossenschaftswohnungen durch geförderten Wohnungsbau
- Auflage der Gemeinde für Investoren



## IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke,  
SPD Regionalzentrum  
Merzhauser Straße 4  
79110 Freiburg

Redaktion:  
Oswald Prucker  
Birte Könnecke

Kontakt:  
[redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de](mailto:redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de)